

10-Punkte-Plan gegen den grünen Grössenwahn nach der verheerenden «Klimawahl»



Medienkonferenz vom 23. März 2021

Die grügestrichene Mitte-Links-Mehrheit treibt die Schweiz in den politischen und finanziellen Ruin – nur die SVP kann das Steuer herumreissen

Nach dem ersten Drittel der Legislaturperiode 2019-2023 fällt die Bilanz verheerend aus: Der grüne Grössenwahn und die verantwortungslose Corona-Politik des Bundesrats sind Gift für unser Land. Sie vernichten Steuergeld in unvorstellbarem Ausmass, zerstören die Volkswirtschaft und beschneiden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Die SVP kontert mit einem 10-Punkte-Plan für eine freie und prosperierende Schweiz.

Schon jetzt ist klar: Diese Legislatur wird mit Abstand als die bisher teuerste in die Geschichte der Eidgenossenschaft eingehen. Verantwortlich für diesen unrühmlichen Rekord sind die Sieger der «Klimawahl» vom 20. Oktober 2019. Mit gütiger Unterstützung der orientierungslosen Mitte treiben die grünen und roten Sozialisten die Schweiz in den politischen und finanziellen Ruin. Die Zeche bezahlen der Mittelstand und die künftigen Generationen.

17 Monate – rund ein Drittel der laufenden Parlamentsperiode – sind seit den eidgenössischen Wahlen vergangen. Und die Bilanz nach der grünen Wende ist noch schlimmer als befürchtet: Der Bundeshaushalt explodiert, Abgaben, Verbote sowie absurde Vorstösse prägen die Politik der Berner Klima-Allianz.

Das lässt sich mit Zahlen und Fakten belegen. Die folgenden Beispiele sind längst nicht abschliessend, aber sie illustrieren die ungeheure Dimension der schädlichen Verschwendungspolitik. Wer die grügestrichenen Preisschilder auf den diversen politischen Beschlüssen und Vorstössen liest, dem stockt der Atem.

1. Weg mit der ruinösen Lockdown-Politik!

Die von Links-Grün geforderte und bejubelte Lockdown-Politik verursacht enorme volkswirtschaftliche, soziale und psychologische Schäden. Dabei ist der Nutzen der Schockmassnahmen wissenschaftlich nicht nachgewiesen. Mit seinem verantwortungslosen Handeln vernichtet der Bundesrat Existenzen und gefährdet ganze Branchen. Mit verschiedenen Vorstössen wollen linksgrüne Parlamentarier noch mehr Steuergeld verbrennen. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth fordert «Corona-Direktzahlungen» an Einzelpersonen und Haushalte. Kostenpunkt nach seiner eigenen Schätzung: 1 Milliarde Franken. In der Geschäftsdatenbank des Parlaments wimmelt es nur so von solchen und ähnlichen Milliardenforderungen von linker und grüner Seite.

Kosten:

2020 fuhr der Bund mit 15.8 Milliarden Franken das grösste Defizit der Geschichte ein. Und in diesem Jahr wird der Fehlbetrag noch deutlich höher ausfallen: Der Bund geht von einem Minus von mindestens 21 Milliarden aus! Die volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden lassen sich gar nicht beziffern. Klar ist: Sie sind gigantisch.

Das Gegengift:

- Sofortige Öffnung von Restaurants, Fitnesszentren und anderen weiterhin geschlossenen Betrieben
- Schutz der besonders gefährdeten Personen, ohne die Wirtschaft und das Sozialleben zu zertrümmern
- Durch regelmässiges Testen (Screening) die Ausbreitung des Virus stoppen
- Notrecht/besondere Lage: Stärkung des Parlaments und Einschränkung der Alleinherrschaft des Bundesrats
- Keine Aufweichung der Schuldenbremse

2. CO₂-Gesetz: Milliardenenteuren Unsinn an der Urne versenken

Das CO₂-Gesetz widerspricht allen Grundsätzen einer freiheitlichen und bürgernahen Politik: Es führt zu mehr Verboten, mehr Vorschriften und zu immensen Kosten, während die Wirkung auf das Klima vernachlässigbar bleibt. Benzin und Diesel werden um 12 Rappen pro Liter teurer. Die Abgabe auf Heizöl und Gas wird mehr als verdoppelt. Auf Flugtickets wird eine Steuer von bis zu 120 Franken erhoben. Für eine vierköpfige Familie können so schnell über 1000 Franken Mehrkosten pro Jahr entstehen.

Kosten:

Milliardenhohe Umverteilung zu Lasten der Bürger und Unternehmen

Das Gegengift:

- Erfolgreiches Referendum gegen das CO₂-Gesetz. Die monströse Vorlage in der Volksabstimmung vom Juni versenken
- Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen vorantreiben. (Umsetzung der Mo. 16.3388)
- Mit einem Revitalisierungspaket die Wirtschaft langfristig entlasten (Umsetzung der Mo. 19.3033)
- Ausweitung der Aufgabenbereiche der Bundesverwaltung bremsen und Kosten begrenzen (Mo. 20.3567)

3. Schädliche Klimapläne von SP und Grünen bekämpfen

Wer glaubt, mit dem monströsen CO₂-Gesetz hätten die Linken und Grünen genug, der täuscht sich: Mit weiteren radikalen Mitteln wollen sie die Freiheit des Einzelnen und der Wirtschaft massiv beschneiden.

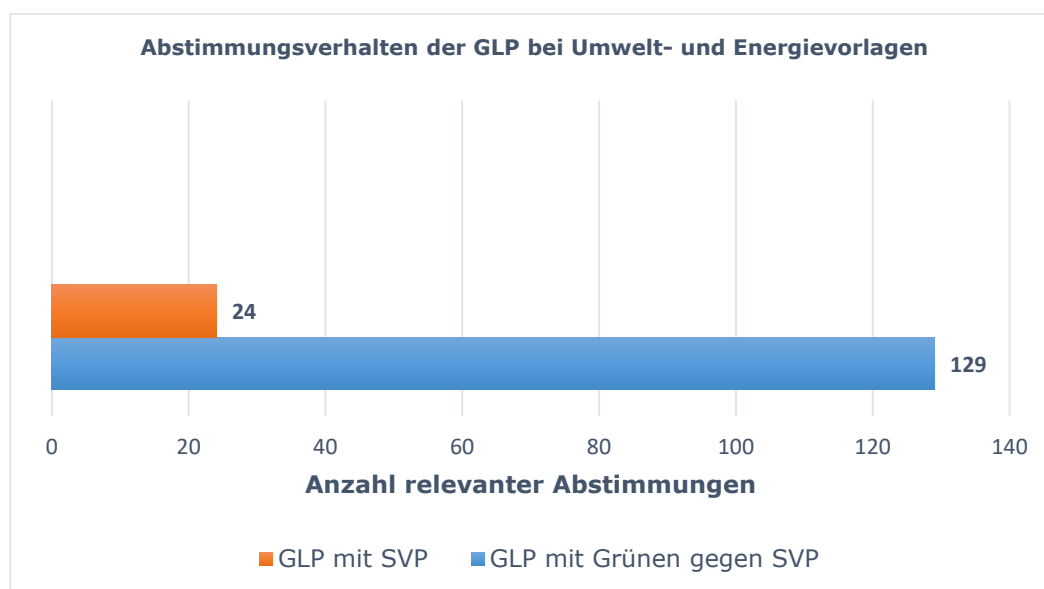
Die SP will einen «Klima-Marshallplan» mit brutalen Massnahmen verwirklichen (Moratorium für Autobahnausbau, Verbot von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2035, Lenkungsabgabe auf Flugtickets, Verbot von Ölheizungen, Verbot der Finanzierung von im Erdölgeschäft tätigen Firmen für Banken und Pensionskassen, um nur einige zu nennen).

Ihre Vorliebe für Bevormundung und Verbote leben auch die Grünen hemmungslos aus. Geht es nach ihrem Willen, soll die Schweiz 2030 klimaneutral sein, 2040 «nettonull» und danach sogar «klimapositiv». Um dieses Hirngespinnst zu verwirklichen, scheuen die grünen Fanatiker nicht vor drastischen Eingriffen zurück: Die freie Wahl der Verkehrsmittel wollen sie verbieten. Fossil betriebene Personenkraftwagen sollen

nicht mehr zugelassen sein, Flüge gar kontingentiert werden, öffentliche Angestellte sollen zur Benützung der Eisenbahn gezwungen werden.

Die Grünliberalen schliesslich – die zweite Siegerin der Klimawahl – fordern Lenkungsabgaben auf Treibstoffe und CO₂, Mobility Pricing (neudeutsch für Wegzölle), eine «ökologische Steuerreform» und eine Verdoppelung der sogenannten kostendeckenden Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien. Für viele Wähler, die im Oktober 2019 die Grünliberalen wählten, weil sie glaubten, die GLP sei eine bürgerliche Partei mit liberalen Ansichten, ist es ein böses Erwachen:

Bei den meisten Abstimmungen in Umwelt- und Energiefragen stimmen die Grünliberalen im Parlament mit den Grünen. Das belegt eine Auswertung der Abstimmungsergebnisse bezüglich Vorlagen zu Umwelt- und Energiethemen: In der laufenden Legislatur stimmte die GLP in den eidgenössischen Räten bei 129 von 188 Abstimmungen zusammen mit den Grünen gegen die SVP – und nur 24 mal mit der SVP gegen die Grünen.



Quelle: Abstimmungsauswertung seit der Klimawahl 2019 gemäss Parlamentsbibliothek

Kosten:

Das Paul-Scherrer-Institut rechnet mit kumulierten Mehrkosten der Energiestrategie des Bundes von 97 Milliarden Franken (Quelle: «Der Preis der Energiewende», NZZ am Sonntag, 07. März 2021). Hinzu kommen die erwähnten Sonderwünsche der Linken, die nochmals Dutzende Milliarden Franken in wenigen Jahrzehnten verschlingen! Allein für ihren «Marshallplan» rechnet die SP mit wiederkehrenden jährlichen Kosten von 3,7 Milliarden, zusätzlich zu einem einmaligen Betrag von 1 Milliarde Franken.

Die Kostenfolgen für die Wirtschaft liegen im mehrstelligen Milliardenbereich. Mindestens so teuer dürften die von den Grünen geforderten Massnahmen werden. Zusätzlich je eine Milliarde Franken pro Jahr kostet die klimapolitische Aufstockung der Entwicklungshilfe und die Verdoppelung der staatlichen Beiträge an Gebäudesanierungen und den Ausbau des Fernwärmenetzes.

Das Gegengift:

- Diesen Milliardenirrsinn, der dem Weltklima überhaupt nichts bringt und den Einzelnen wie die Wirtschaft in Ketten legt, mit aller Kraft bekämpfen
- Engagement für eine bürgernahe und unternehmerfreundliche Politik, die anstatt Verbote und ruinöse Abgaben die Eigenverantwortung sowie Innovationen ins Zentrum stellt
- Denn: Der wissenschaftlich-technologische Fortschritt und die freie Marktwirtschaft stellen viel wirksamere und menschenfreundlichere Lösungen bereit als die milliardenteure linksgrüne Bevormundungspolitik

4. Das Rahmenabkommen beerdigen – kein schleichender EU-Beitritt

Der Bundesrat will die Schweiz mit dem Institutionellen Abkommen (InstA) in die EU einbinden. Wir müssten dann automatisch EU-Recht übernehmen und wären fremden Richtern unterstellt. Das wäre das Ende der souveränen und neutralen Schweiz – und der Selbstmord unserer direkten Demokratie.

Kosten:

Mit dem Rahmenvertrag würde die Schweiz das Wertvollste verlieren, was sie hat: ihre Unabhängigkeit und ihre Volksrechte. Auch wirtschaftlich wäre die rechtliche und politische Anbindung an die EU ein massiver Nachteil.

Das Gegengift:

- Sofortiger Abbruch der Verhandlungen über das InstA
- Kein schleichender EU-Beitritt
- Keine dynamische (automatische) Übernahme von EU-Recht
- Keine Marktzugangsprämien (EU-Kohäsionsmilliarde)

5. Nein zum Uno-Migrationspakt, Flüchtlingsstatus überarbeiten

Unter dem Codewort «Resettlement» liess der Bundesrat in den letzten Jahren Tausende von Problemflüchtlingen aus den Krisengebieten des Nahen Ostens auf Staatskosten direkt in die Schweiz einfliegen. Inzwischen hat er dieses einmalige Instrument «verstetigt». 2020/21 werden so bis zu 2'000 Personen in die Schweiz gelotst. Und das Parlament plant bereits das nächste Kontingent für die Jahre 2022/23. Das ist aber nur ein Beispiel für die anhaltenden Probleme im Asylbereich.

Das Grundübel: Nur die allerwenigsten Asylbewerber sind wirklich an Leib und Leben bedroht, und trotzdem dürfen sie in der Schweiz bleiben. Mit dem Uno-Migrationspakt wird alles noch viel schlimmer: Er erklärt die Migration quasi zu einem Menschenrecht und beschneidet die eigenständige Steuerung der Zuwanderung noch mehr.

Kosten:

Allein die Teilnahme am Uno-Resettlement-Programm kostet die Schweiz Hunderte von Millionen Franken in wenigen Jahren. Die direkten Migrationskosten auf Bundesebene betragen jährlich fast 2 Milliarden Franken und weitere Milliarden werden im Bereich der Entwicklungshilfe ausgegeben. Die Folgekosten für die überwiegend in der Sozialhilfe landenden Asylanten und «vorläufig Aufgenommenen» betragen weitere Dutzende von Milliarden Franken für Bund, Kantone und Gemeinden.

Das Gegengift:

- Nein zum Migrationspakt
- Eine Migrationspolitik zum Nutzen, nicht zum Schaden der Schweiz
- Eigenständige Gestaltung der Migration ohne Umsiedlungsprogramme und ohne Beteiligung an europäischen Verteilschlüsseln
- Konsequente Anwendung des Asylrechts: Identifikation von Flüchtlingen durchsetzen, Schluss mit der Legalisierung illegal Anwesender, keine Anerkennung von Klima- oder Armutsflychtlingen (Mo. 21.3255]
- Flüchtlingsstatus überarbeiten: Der aus dem Zweiten Weltkrieg stammende Flüchtlingsbegriff ist hoffnungslos überholt. Es kann nicht sein, dass angeblich an Leib und Leben bedrohte Personen durch mehrere sichere Drittstaaten reisen, nur um in der Schweiz an die Honigtöpfe unseres ausgebauten Sozialwesens zu drängen. Nur mit einer Neudefinition des Flüchtlingsstatus kann der grassierende Missbrauch beseitigt werden. (Pa.Iv. 21.420)

6. Altersvorsorge reformieren, Rentenalter 65 für alle

Bei der AHV und der beruflichen Vorsorge verfolgen die Linken/Grünen eine unverantwortliche und unsoziale Politik. Sie sperren sich gegen das Rentenalter 65 für Mann und Frau und lassen die Kosten auf dem Buckel künftiger Generationen aus dem Ruder laufen.

Kosten:

Bis 2031 wird jedes Jahr mit einem negativen Umlageergebnis gerechnet. Im Jahr 2031 beläuft es sich auf über 6 Milliarden Franken. Das Betriebsergebnis (Umlageergebnis abzüglich Anlageerträge) wird dann fast fünfenehalb Milliarden Franken betragen. Das Kapital des AHV-Fonds wird dadurch auf rund 29 Milliarden Franken sinken. Damit wären nur noch 47 Prozent einer Jahresausgabe gedeckt – statt 100 Prozent, wie dies Art. 107 Abs. 3 AHVG fordert. Und die Linke (Vorstoss Maya Graf) will erst noch Ausgleichsmassnahmen, die im Jahr 2031 zu Mehrkosten von gegen 2 Milliarden Franken führen würden!

Das Gegengift:

- Sicherung und konsequente Beibehaltung des 3-Säulensystems in der Altersvorsorge
- Umlagerung der Überschüsse aus SNB-Negativzinsen als Überbrückung (Mo. 18.4327)
- AHV-Reform: Referenzalter 65 für alle. Eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre würde die AHV im Jahr 2030 um 1,4 Milliarden Franken entlasten
- BVG-Reform: Verzicht auf systemfremde Elemente des Umlageverfahrens, die das Kapitaldeckungsverfahren verwässern
- Bessere Anreize für die freiwillige Vorsorge durch Ausbau der 3. Säule

7. Nein zu staatlich finanzierten Medien

Es ist der grosse Traum der Linken und Etatisten aller Parteien: staatlich gelenkte Medien. Das Parlament bastelt an einer brandgefährlichen Vorlage, die genau dies zum Ziel hat: Neben den 1,3 Milliarden Franken jährlich für die SRG und andere Radio- und Fernsehstationen will die Mitte-Links-Mehrheit nun die indirekte Presseförderung ausbauen sowie flächendeckend auch private Online-Medien direkt subventionieren und sie so in staatliche Abhängigkeit treiben.

Kosten:

Insgesamt gegen 2 Milliarden Franken in zehn Jahren plus rund 13 Milliarden Franken Gebühren für Radio und Fernsehen. Der Hauptkostenpunkt aber lässt sich nicht in Zahlen aufrechnen: Der Verlust der freien Meinungsäusserung, da kein staatlich subventioniertes Medium den Staat ehrlich und offen kritisieren wird.

Das Gegengift:

- Keine Subvention privater Medien: Nur inhaltlich wie finanziell unabhängige Medien hinterfragen die Politik kritisch und tragen so zum demokratischen Diskurs bei
- Schaffung freiheitlicher Rahmenbedingungen: Einsatz für unabhängige, freie Medien als notwendige Voraussetzung für das Funktionieren der direkten Demokratie
- Meinungsfreiheit und mediale Vielfalt statt Staatsinterventionen, Einheitsbrei und korrupte Hofberichterstattung

8. Keine verordnete Gleichstellung

Trotz akuter Krisenlage haben die linksgrünen Parlamentarier genug Zeit für absurde Vorstösse und Forderungen. Besonders beliebt ist die Gleichstellungspolitik: «Jeder Kanton soll ein Gleichstellungsbüro haben», fordert SP-Nationalrätin Laurence Fehlmann Rielle per Motion – und dies mitten in der Krise!

Die Linken scheuen sich nicht, politisches Kapital aus der Seuchensituation zu schlagen. Tamara Funiciello (SP) will ein «Gender Budgeting» einrichten und ihre Parteikollegin Min Li Marti will die gesamte «Datenlage» des Bundes auf die Geschlechter ausrichten. Als ob es das derzeit vordringlichste Problem wäre, forderte die Fraktion der Grünen den Bundesrat in einer dringlichen Interpellation auf, sich der «gleichstellungspolitischen und frauenspezifischen Herausforderungen der Corona-Krise» anzunehmen. Willkommen in Absurdistan! Als Teilerfolg steht zu

Buche, dass die Bürgerlichen für einmal zusammenspannten und zumindest die von der Linken geforderte Lohnpolizei vorerst abwehren konnten (Standesinitiative 18.323).

Kosten:

Alleine das eidgenössische Gleichstellungsbüro hat ein Budget von 5 Millionen Franken und 15 Vollzeitstellen. Hinzu kommen mindestens 17 kantonale Ämter bzw. Büros für Gleichstellung, mindestens 5 städtische Einrichtungen sowie Gleichstellungsabteilungen an den Universitäten usw.

Das Gegengift:

- Keine teuren und nutzlosen staatlichen Instrumente zur Behebung eines hochstilisierten Lohnunterschiedes zwischen Mann und Frau, welche sich nicht pauschal auf einen Geschlechterunterschied zurückführen lässt (Siehe «Studie zu den statistischen Analysen der Eidgenossenschaft betreffend die Lohngleichheit von Frau und Mann», 2015 im Auftrag des Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, EBG)
- Bekämpfung von Quoten, Minimalvorschriften und Kontrollmechanismen, welche die unternehmerische Handlungsfreiheit beschränken
- Auch in Zukunft keine linke Lohnpolizei

9. Parlamentarierlohn an Ausgabendisziplin knüpfen

Wie dreist linke Politiker selbst in Zeiten der Not nur an sich denken, zeigt die Motion «Bezahlter Urlaub für Arbeitnehmende mit einem offiziellen politischen Amt» von SP-Nationalrätin Franziska Roth. Für drei Monate Session im Jahr rund 120'000 Franken zu beziehen, ist der gierigen Sozialistin nicht genug. Sie will auch noch, dass andere ihre Ferien berappen!

Kosten:

Allein die Bundesversammlung zählt 246 Parlamentarier, die 26 Kantonsparlamente haben zwischen 50 bis 180 Mitglieder und die mehr als 2'250 Gemeinden verfügen ebenfalls teilweise über eigene Parlamente. Wenn wir schon nur mit 5'000 Bittstellern rechnen, kostet das die Steuerzahler für den von Roth geforderten zehntägigen Urlaub rund 16 Millionen Franken pro Jahr.

Das Gegengift:

- Die Selbstbedienungsmentalität der Classe politique bekämpfen und das bewährte Schweizer Milizsystem verteidigen
- Die Verursacher der ausser Kontrolle geratenen Staatsfinanzen in die Verantwortung nehmen, wie das auch im Privatleben und in der Privatwirtschaft der Fall ist
- Deshalb als Corona-Solidaritätsmassnahme Senkung des Pauschallohns der Bundesparlamentarier um 20% (Pa. Iv. 21.417)

10. Das Gewerbe beflügeln, die Bürger entlasten

Die Wahlsiegerin GLP ist zwar grün, aber nicht liberal. Die parlamentarische Initiative des SVP-Nationalrates Erich Hess ist nur ein weiteres Beispiel in dieser Session, welches dies belegt. Die Initiative verlangte, dass Unternehmen statt wie heute ab 100'000 Franken erst ab 150'000 Franken Jahresumsatz mehrwertsteuerpflichtig

werden. Ausser der SVP und der FDP stimmte keine Fraktion dem Anliegen zu, das insbesondere Kleinunternehmen administrativ entlastet hätte.

Kosten:

Linke, Grüne, Grünliberale sowie die Mitte weigern sich, zur steuerlichen und regulatorischen Entlastung von Unternehmen beizutragen. Schlimmer noch: Sie treten für eine Unzahl neuer Steuern und Abgaben ein, welche Firmen und Individuen belasten, vom neuen CO2-Gesetz bis zur 99-Prozent-Initiative der SP für eine neue Kapitalbesteuerung. Die Parlamentsmehrheit stockt die vom Bundesrat beantragten Kredite regelmässig auf und verstärkt damit die Steuergeldverschwendung.

Das Gegengift:

- Ausgabenwachstum mittels Einhaltung der Schuldenbremse begrenzen
- Plafonierung des Personalaufwands auf 6 Milliarden pro Jahr bis 2030
- Steuerwettbewerb erhalten und Fehlanreize für Nehmerkantone im NFA beseitigen
- Einführung einer Regulierungsbremse (Mo. 20.4219)
- Unternehmensbelastung senken (Mo. 20.4590)

Fazit:

Die politischen Folgen der Klimawahl sind absolut zerstörerisch. Die grüngewendete Parlamentsmehrheit bringt den Staatshaushalt an den Rand des Ruins. Mitten in einer der grössten Krisen in der Geschichte der Eidgenossenschaft betreibt sie eine milliardenteure Interventionspolitik, die unsere Wirtschaft ausblutet und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger massiv beschneidet. Die SVP ist die einzige Partei, die resolut «Stopp» zu diesem Wahnsinn sagt und eine freie, sichere und wohlhabende Schweiz garantiert. Für diese Ziele wird sich die SVP auch in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode 2019-2023 mit aller Kraft einsetzen.